



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Arbeitsplatzverluste bei Siemens vermeiden – neue Perspektiven für Standorte und Beschäftigte schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag missbilligt den angekündigten Abbau von 7.000 Arbeitsplätzen des Siemens-Konzerns in der Kraftwerks- und Antriebstechnik nach einem Konzerngewinn von 6 Mrd. Euro.

Er fordert ein klares Bekenntnis des Unternehmens zum Standort Bayern und zum Standort Deutschland.

Er fordert das Unternehmen auf, sich seiner sozialen Verantwortung für die betroffenen Beschäftigten und deren Familien an den einzelnen Standorten zu stellen, einen konstruktiven Dialog mit den Arbeitnehmervertretern zu führen, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten und an den betroffenen Standorten Perspektiven mit neuen Produkten aufzuzeigen.

Er fordert das Unternehmen auf, sich dem Gemeinwohlprinzip, wie es in der Verfassung verankert ist, zu verpflichten, die vor zehn Jahren geschlossene Vereinbarung zur Standort- und Beschäftigungssicherung ohne Einschränkung einzuhalten und lehnt die angebotenen „Freiwilligenprogramme“ ab.

Er erklärt sich solidarisch mit der Belegschaft und teilt die Sorgen und Ängste der Mitarbeiter und unterstützt die Suche nach bestmöglichen Lösungen aller Verantwortlichen auf allen Handlungsebenen.

Er fordert vom Management des Konzerns eine klare Bestätigung ihrer Aussage, dass sie „mit großer Sorgfalt und Respekt an die Lösung des Strukturwandels in der fossilen Energieerzeugung heran gehen.“

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle denkbaren politischen Maßnahmen auszuloten und entsprechende Aktivitäten zu ergreifen, um den Stellenabbau bei Siemens zu verhindern.

Dazu soll die Staatsregierung proaktiv und intensiv mit dem Unternehmen in Dialog treten, sich vehement für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen, gemeinsam mit den Unternehmen nach langfristigen Lösungen suchen und mit anderen Akteuren Alternativen zum Stellenabbau darlegen.

Über die Ergebnisse dieses Engagements soll im Landtag baldmöglichst berichtet werden.

Begründung:

Der angekündigte massenhafte Abbau von Arbeitsplätzen bei Siemens in Deutschland ist nicht akzeptabel. Er zeigt kein Verhalten eines verantwortungsbewussten Managements.

Da sich das Unternehmen auch in zurückliegenden Krisenzeiten auf die Belegschaft verlassen konnte, ist es nicht hinnehmbar, dass jetzt bei einem Gewinn von mehr als 6 Mrd. Euro eine kurzfristige Rendite offenbar mehr zählt, als eine verantwortungsbewusste Standortpolitik.

Es kann nicht sein, dass bei Siemens das Prinzip „mehr Verantwortung für Aktionäre als für Standorte“ Einzug hält.

Das Management des Konzerns hat viel zu lange an der alten Energiewelt festgehalten, und versucht mit diesem personalpolitischen Kahlschlag offenbar seine Managementfehler zu korrigieren.

Die drohenden Massenentlassungen bei diesem traditionsreichen Unternehmen widersprechen der Gemeinwohlverpflichtung, wie sie im Art. 151 der Verfassung verankert ist, in höchstem Maße.

Das Vertrauen, von dem die Belegschaft mit der vor zehn Jahren geschlossenen Standort- und Beschäftigungssicherungsvereinbarung ausgehen konnte, droht zerschlagen zu werden und schadet dem Wirtschafts- und Industriestandort Bayern und Deutschland. Der Arbeitsplatzabbau wäre katastrophal für die Beschäftigten, ebenso für die betroffenen Regionen.

Statt eines weiteren Kahlschlags, bei dem die „Marge vor den Menschen“ steht, sind Perspektiven für die Beschäftigten und die betroffenen Regionen zu entwickeln.